

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2013

Rainer Gruhlich: **Geschichtspolitik im Zeichen des Zusammenbruchs. Die Deutsche Nationalversammlung 1919/20 – Reich – Revolution – Nation.**

Düsseldorf: Droste 2012 (=Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien Bd. 160), 475 S., ISBN: 978-3-7700-5309-4

Rainer Gruhlichs Untersuchung kommt, wie es heute meistens für eine Dissertation gehört (Tübingen 2008) üblich ist, mit einem hohen theoretisch-methodischen Anspruch daher, indem sie sich als „Beitrag zu einer noch zu schreibenden deutschen Erfahrungsgeschichte historischer Zusammenbrüche und Neuordnungsversuche“ versteht. (S. 13) Das Jahr 1918 stellt für den Autor die tiefste Zäsur in der deutschen Geschichte seit 1648 dar (vgl. S. 37 f) und die Weimarer Nationalversammlung war für ihn der Ort, wo dieser Umbruch hauptsächlich diskutiert und „geschichtspolitisch“ verortet wurde: „Für die Neubewertung von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft bildete die Weimarer Nationalversammlung die geschichtspolitische Hauptarena.“ (S. 421) Die entsprechenden parlamentarischen Diskurse in Weimar und Berlin werden anhand der Debattenfelder Revolution, Reich und Nation dargestellt und analysiert werden. Dazu werden die Stenographischen Protokolle intensiv ausgewertet; auf die Hinzuziehung von ungedrucktem Quellenmaterial wird gänzlich, auf die von gedrucktem biographischen Quellen weitgehend verzichtet. Dafür konsultiert der Autor in großem Umfang die Sekundärliteratur, was sich nicht nur am Literaturverzeichnis, sondern auch bei den Fußnoten bemerkbar macht, die kaum ohne mehrfache Querverweise auskommen, über deren Sinn und Unsinn sich trefflich streiten ließe. Insgesamt wird sehr viel Material geboten, das seinerseits zu vielfältigen Debatten und Reflexionen anregt, denen hier unmöglich allen nachgegangen werden kann.

In diesem Zusammenhang interessiert natürlich vor allem der Ertrag für die Liberalismus-Forschung. Da die Liberalen in der Nationalversammlung nicht nur relativ stark – sie stellten fast ein Viertel der Abgeordneten –, sondern auch prominent – u. a. durch Conrad Haussmann, Wilhelm Kahl, Friedrich Naumann, Hugo Preuß (als Minister), Walther Schücking und Gustav Stresemann – vertreten waren und lebhaften Anteil an den einschlägigen Debatten hatten, ist eigentlich einiges an neuer Erkenntnis zu erwarten. Allerdings unterscheidet der Autor nicht zwischen (partei-)politischen Grundströmungen, sondern nach Lagern, also Regierungslager, Opposition von rechts und von links, mit einer gewissen Sonderrolle für den politischen Katholizismus. Diese Aufteilung läuft nun mitten durch den Liberalismus, da die DVP-Vertreter von Gruhlich mehr oder minder umstandslos dem Konservativismus zugeschlagen werden, andererseits Sozialdemokraten und liberale Demokraten häufig im Zusammenhang behandelt werden, obwohl ihre unterschiedlichen Positionen, etwa was das Bild der 48-Revolution oder Bismarcks, aber auch die Bewertung der Novemberrevolution angeht, deutlich zu Tage treten. Wo Gruhlichs Sympathien liegen, wird nicht nur dann klar, wenn er eine vermeintliche Annäherung der Sozialdemokraten an die liberale Interpretation von 1848 eher kritisch sieht. (Vgl. S. 101f).

Die Auseinandersetzung in der DDP mit den Geschehnissen des Novembers 1918 wird unter dem Stichwort „nationalliberale Umdeutung der Revolution“ subsumiert (Kap. 2,2); immerhin wird hier Neues in Bezug auf die linksliberale Perzeption der Zäsur am Ende des Ersten Weltkrieges zu Tage gefördert. An anderer Stelle, etwa in Bezug auf die Vorstellungen von der Nation, wird im Grunde nur

das bestätigt, was durch die Arbeiten von Jürgen C. Heß bekannt ist. Bei der Debatte um das „Reich“ resp. die Rolle Preußens im neuen Staat wird ein Nachteil der Lager-Einteilung deutlich, denn die Position des DDP-Abgeordneten Wilhelm Heile, lange Jahre enger Mitarbeiter Friedrich Naumanns, wird nur dann verständlich, wenn man seine landsmannschaftliche Herkunft mit in Betracht zieht: Als Hannoveraner fühlte Heile sich als „Zwangspreuße“ und trat im Gegensatz zu fast allen anderen Liberalen für eine Zerschlagung oder zumindest Verkleinerung Preußens ein. (Vgl. S. 205ff und 277), während der Berliner Gustav Stresemann in Preußen den „Urquell politischer Kraft“ sah. (S. 270) Auf Aspekte der regionalen Herkunft in den Diskursen wird zwar immer wieder hingewiesen, aber größer systematisiert werden sie nicht.

Die unterschiedlichen Geschichtsbilder und geschichtspolitischen Positionen führt Gruhlich zum einen auf die verschiedenen konkreten Erfahrungen zurück, die die Parlamentarier der Nationalversammlung mit dem politischen System des Kaiserreiches gemacht hatten (vgl. S. 122 u. 278 f). Das ist sicherlich ein wichtiges Erklärungsmoment für die ambivalente Position vieler Liberaler, die – teilweise lagerübergreifend – „1848 und 1871 miteinander versöhnen“ wollten, das heißt, eher den von Bismarck geschaffenen Staat erweitern oder umbauen als mit ihm brechen wollten. (Vgl. S. 118 f, 130 ff und 171 f). Am Schluss dann aber wird – etwas überraschend – auf die Modernisierungstheorie und das Theorem von der „Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen“ zurückgegriffen, in dem Gruhlich ein „Grundmuster“ nicht nur der Debatten in der Nationalversammlung, sondern „der modernen deutschen Geschichte“ überhaupt sieht. (S. 418) Daran, dass dies ein Spezifikum vor allem der deutschen Geschichte ist, kann man inzwischen wohl gehörige Zweifel haben, weil solche „Ungleichzeitigkeiten“ – etwa von landwirtschaftlich und industriell geprägter Lebensweise – in vielen Gesellschaften vorkommen. Das Theorem verdeckt auch die Bedeutung von anderen Faktoren, etwa Werten und Interessen, die auf politische, auch geschichtspolitische Haltungen einwirken.

Am Schluss bleibt doch ein etwas zwiespältiger Eindruck dieser Studie: Sie zeichnet die historische und geschichtspolitische Argumentation, die in der Nationalversammlung einen hohen Stellenwert hatte, sowie den Kampf um das Geschichtsbild, der auf hohem Niveau und mit Vehemenz dort geführt wurde, minutiös, allerdings nicht ohne Redundanzen nach undbettet sie in einen breiten Kontext ein. Eine Erklärung dafür aber, wie sich die politische Kultur in der Weimarer Republik entwickeln sollte, lässt sich dennoch daraus nicht so recht ableiten: Denn diejenigen Akteure, die zehn Jahre später die politische Agenda und auch die geschichtspolitischen Diskurse bestimmen sollten, nämlich die Extremisten von rechts und links, waren in der Nationalversammlung gar nicht vertreten, wie Gruhlich am Ende zugibt. (Vgl. S. 422) Die abschließende und eingangs zitierte Feststellung von der Nationalversammlung als „geschichtspolitische(r) Hauptarena“ ist offensichtlich doch nicht so ganz zutreffend wie angenommen. Das gilt aus Perspektive der Liberalismus-Forschung beispielsweise auch in Bezug auf eine für die Weimarer Republik so zentrale Gestalt wie Gustav Stresemann.

Gummersbach/Bonn

Jürgen Frölich